

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Beilagen: "Alder der Woche" Landmanns Sonntagblatt, etc. durch die Post RM 2.40 ohne Beleggeld, durch Boten RM 2.— frei Haus monatlich. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummern 10 Hfg. Sonntags 30 Hfg. Geschäftsstelle: Kälberstr. 4 (Schupfelle) und Gottschalkstr. 38. — Im Falle höherer Gewalt (Streit usw.) behält kein Anspruch auf Lieferung oder Rückvergütung.



Anzeigenpreis: für den 8 getippten Millimeterraum 10 Hfg., im Restlame (Beilagen) 40 Hfg., für Schrift und Bild 20 Hfg. Aufschlag Familienanzeigen ermäßigt. Abdruck nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags. — Für unerbetene Einblendungen wird keine Gewähr geleistet. — Politische Redaktionen Leipzig 10654. Fernsprecher 100/101

№. 42

Freitag den 19. Februar 1926

186. Jahrgang.

Haushaltsausfluß gegen Reichsregierung. Vertagung der Finanzdebatte gegen den Willen des Reichskanzlers.

Wie wir bereits gestern melden konnten, kam gestern im Haushaltsausfluß des Reichstages, in Anwesenheit des Reichskanzlers und anderer Kabinettsmitglieder, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold noch einmal auf das von ihm kürzlich im Reichstagsplenum bekanntgegebenen Finanzprogramm zu sprechen. Er führte u. a. aus:

Der Etat von 1925 werde vermutlich mit einem, wenn auch nicht erheblichen, Ueberschuß abschließen. Der Ueberschuß wäre größer, wenn nicht gerade in den letzten Wochen und Monaten an die Regierung große Anforderungen gestellt worden wären, insbesondere:

für die Unterhaltung der Erwerbslosen würden jetzt monatlich 40 bis 50 Millionen gebraucht.

Der Ertrag der Steuern werde vermutlich noch etwas über die Schätzungen im Haushalt hinausgehen. Bei Vermögens- und Erbschaftsteuer blieben die Erträge hinter den Vorausschlägen zurück. Die Einkommensteuer dagegen übersteige den Vorausschlag, und die Zölle würden mit einem nicht unbedeutenden Plus abschließen.

Der Minister erklärte weiter, daß die Reichsregierung sich, ehe sie die angeforderten Steuererhöhungen beschloß, auch eine genaue Uebersicht über das Etatsjahr 1927 angefertigt habe, deren Ziffern er dann des näheren darlegte: Gesamtansatz 4996 Millionen gegen 4782 Millionen im Jahre 1926. Das Reich denke zunächst nicht daran, an den Ueberschuß heranzutreten, aber wenn an ihn appelliert werden sollte, so glaubte die Sachverständigen, insbesondere der Reichsfinanzpräsident Dr. Schacht, daß ein solcher Appell mit Befriedigung erfüllt werden könnte.

Gegenwärtig laufe eine Menge flüssigen Geldes ungenutzt ab. Selbstverständlich werde nur daran gedacht, wirklich werbende Ausgaben auf dem Wege der Anleihe zu decken. In einer Durchsicht der sozialen Aufgaben sei nicht gedacht, das Bewußt die Haltung der Regierung in der Kurzarbeiter- und Erwerbslosenfrage.

Nach der Rede Reinholds beantragte Abg. Schmitt-Bromberg die Aussprache über die Rede des Finanzministers so lange zu vertagen, bis den Abgeordneten ihr Wortlaut zugegangen sei.

Reichskanzler Dr. Brücker antwortete, er erlaube den Ausfluß dringend, sofort in die Aussprache einzutreten, da die Regierung möglichst rasch Klarheit über die Stellung des Reichstages zu ihrem Programm haben müsse. Das Programm sei eine Einheit, die gestört würde, wenn man auf einem Gebiet zu Mehrausgaben überträte. Die angeforderten Steuererhöhungen wären so nicht zu beschließen.

Der Steuererhöhungsbeschluss der Regierung, der ein Ergebnis des Willens zur Ueberwindung der Rot sei und für die Betrachtungsweise normaler Zeiten sicher zu weit gehe, sei nur möglich auf der Grundlage der grundsätzlich optimistischen Auffassung, daß überhaupt und gerade

auch durch die Erleichterung der Steuerlasten die Wirtschaftslage in Zukunft sich erheblich bessere. Das sei sich um ein Gesamtprogramm handelte, so müsse die Reichsregierung großes Gewicht darauf legen, daß der Ausfluß auch seinen Beschluß über die Erwerbslosenfrage in Verbindung des Gesamtprogramms fähig und erbitte deshalb sofortige Erörterung dieses Programms.

Es sprach dann noch der Reichswirtschaftsminister Curtius über den Kredit an die Reichsbahn.

Außerdem wolle man der Industrie dreihundert Millionen als Betriebskredit für die Herstellung von Exportwaren nach Ausland geben.

Weiter werde man den Abschluß der Handelsverträge beschleunigen. Der Minister kündigte schließlich Maßnahmen gegen die Kartelle an.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei wurde dann im Gesamtsatz zu dem Wunsch der Regierung mit 15 gegen 13 Stimmen beschloffen, die Aussprache über die Regierungserklärung zu vertagen, bis die Reden im Wortlaut vorliegen, was voraussichtlich am Freitag der Fall sein wird.

Ausgleichsverträge des Reichskanzlers.
Im Reichstage herrschte über die Niederlage der Regierung starke Erregung. Der Reichskanzler lud daraufhin die Vertreter der Regierungsparteien am gestrigen Nachmittag zu einer Besprechung ein, um sich mit diesen über die weitere Behandlung der finanzpolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Angelegenheiten und Bedürfnisse des Reichstages zu einigen. Der Kanzler zeigte ebenfalls, daß die dem Reichstag schon seit Monaten beherrschenden Gegensätze in finanzpolitischen und sozialpolitischen Fragen durch die Rede des Reichsfinanzministers nicht zu überwinden sind und daß die Regierung auch sehr harte Schritte zu bestehen haben wird, wenn der Staat die Steuererleichterungen und die Regelung der dringenden sozialpolitischen Probleme bis Ende März bringen soll.

Berlin, 19. Febr. Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurde heute in die allgemeine Aussprache über die gestrige Regierungserklärung eingetreten. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister wohnten den Verhandlungen bei.

Abg. Herz (Zog.) erklärte, der Ton der gestrigen Finanzministerrede habe ungenügend getönt, als der seiner Rede im Plenum. Wenn tatsächlich der Etat zu angefangen sei, daß keine Mehrausgaben möglich wären, dann müßte das Steuererhöhungsprogramm der Regierung noch kritischer angesehen werden als bisher.

Wieder, sondern damit dieses, wenn Streitfragen mit Deutschland zu regeln wären, selbst keine Rechte verteidigen könne. So viel recht also fest, daß Frankreich alles daran setzen wird, um Polen ein ständiges Mandat zu verschaffen. Frankreich tue dies, um sich selbst von der weiteren Verpflichtung, Polen zu verteidigen, zu entziehen und um seinem Bundesgenossen Polen einen außerordentlich bedeutungsvollen Vorteil zu verschaffen.

„Sowas“ demontiert eine Londoner Meldung der „Chicago Tribune“, nach der Ministerpräsident Briand den Antrag auf Gewährung eines ständigen Sitzes im Völkerbundrat an Polen zurückgegeben haben sollte.

Chamberlain über die Ratsätze.
London, 18. Febr. Heute mittag gab hier der Verband der ausländischen Presse ein Frühstück, dem auch deutsche Journalisten als Ehrgäste beizuhöhen. Chamberlain hielt dabei seine angekündigte Rede. Er sprach über die Arbeit des Völkerbundes, die von dem Welt von Locarno erfüllt sein müsse, wenn sie für den Weltfrieden gesichert sein solle. Er stellte fest, daß auch für die Zusammenfassung des Rates der Welt von Locarno maßgebend sein müsse.

Ueber die Erweiterung des Rates habe die britische Regierung noch keine Entscheidung getroffen. Es käme überhaupt nicht darauf an, auf die eine oder andere Weise Mehrheiten im Völkerbundrat zu schaffen. Wodurch sei vielmehr, alle Differenzen in verständlichem Sinne auszugleichen und Lösungen zu finden, die die interessierten Mächte in direkten Verhandlungen auch von sich aus gutheißen und annehmen können.

Wichtig ist ferner eine Erklärung, die Chamberlain gestern im Unterhaus abgab. Er betonte, daß es sehr wahrscheinlich oder gar nicht sicher sei, daß die Frage der Ernennung neuer ständiger Ratsmitglieder in der März-

Sitzung des Rates zur Sprache kommen werde. Dadurch werden alle Gerüchte zerstreut, die von einer Vertagung der Angelegenheit bis zur Septemberberatung wissen wollten.

Kritik an Chamberlain.
London, 19. Febr. Das Echo der gestrigen Rede Chamberlains in der ausländischen Presseverbreitung ist in den englischen Wärdern im allgemeinen für Chamberlain nicht besonders eingedenk. Die „Westminster Gazette“ bespricht den Außenminister der Unaufrichtigkeit. Vieles in seiner Rede klinge, als ob es im Anfang des Jahres 1919 gesprochen worden wäre. Was für einen Zweck hätte es, die Hand Deutschlands zu ergreifen und dann die beliebtesten Sicherheitsmaßnahmen gegen das deutsche Deutschland ausführen zu wollen? Der Satz von Locarno sei die einzige Vertagung, die man anerkennen könne.

Die diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meint, daß England auch heute noch grundsätzlich gegen eine Erweiterung des Rates sei. Uebrigens möge der Verband Japan und Schweden in Betracht zu ziehen. Zu verfehlen seien jedoch nicht die Schwierigkeiten, die darin beständen, daß einige der beteiligten Regierungen auch heute noch die Möglichkeit hätten, ihre Handtücher über die ihrer Willkür schon auf der Märztagung vorzutragen. Briand vertrete den Standpunkt, Polen müßte einen permanenten Ratsitz haben, denn sonst würde Frankreich bei jedem Streit für Polen eintreten müssen. Diesen Standpunkt bezeichnet der diplomatische Mitarbeiter als richtig.

Dämmern.
Ein Teil der Schuld an unserem wirtschaftlichen Tiefstande kann man ohne Bedenken auf das Konto des Marxismus schreiben. Die Anhänger des Marxismus versuchen, ja sie leben sogar darin ein Alibi zu finden, durch Tarife und Verteilungen die schwierigsten Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik zu lösen. Daß man sich auf dem Sozialwege befindet, hat das deutsche Volk, vor allem der deutsche Arbeitnehmer an eigenen Leiden erfahren und vertritt es tagtäglich. Anstatt andere Wege einzuschlagen, experimentiert man, man kann ruhig sagen gewissermaßen, mit Tarifen und Sozialverpflichtungen herum. Die Verteilung, die sozialistischen Gewerkschaftler, weigern sich auf das entscheidende, einen anderen Weg einzuschlagen, und haben auch alle Ursache dazu, denn das würde das Ende der Gewerkschaften sein. Für die Gewerkschaftsführer zugleich der Verlust der von ihnen seit 1918 innehabenden Hauptpositionen. Für die Arbeitnehmerfrage gäbe es viele Mittel und Wege, die beschritten werden könnten, um ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben. Das müssen auch die Herren Gewerkschaftsführer der Sozialdemokratie, wenn nicht alle, so doch ein großer Teil. Aber weil diese Mittel und Wege im freien Gegensatz zu den sozialdemokratischen Zielen und Bestrebungen stehen und der Arbeiterfrage wirtschaftliche und soziale Verbesserungen bringen würden, so bekämpft die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Meute diese. Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat diese arbeitnehmerfeindliche Politik durchschaut. Die Folge dieser Erkenntnis war, daß die Arbeiterschaft in der letzten Zeit aus den Reihen der Gewerkschaften sich, Gestalt muß an dieser Stelle werden, daß es sich nicht nur um Arbeiter handelt, die von den Gewerkschaften zurzeit der Zentralarbeitsgemeinschaft durch Zorn und brutale Gewalttaten in die Gewerkschaften hineingezwungen wurden, sondern daß es sich auch größtenteils um alte Gewerkschaftsmitglieder handelt, die oftmals sehr teure Gewerkschaftsagitatoren waren.

Der neue Weg, den Arbeiterschaft, Staat und Wirtschaft einschlagen müssen, ist der der Wertsgemeinschaft. In der Arbeiterschaft wird zuerst viel über den Wertsgemeinschaftsbestrebungen geschrieben, um großen Teil von denen die den Wertsgemeinschaftsbestrebungen nicht kennen, noch viel weniger erfaßt haben. Die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse nennt die Wertsgemeinschaftsbewegung „gelb“ und unternehmerrundlich. Ueber den Begriff „gelb“ läßt sich streiten, wenn man letzten Endes weiß, daß eine Wertsgemeinschaftsgruppe die andere gelb nennt. Was nun die Unternehmerrundlichkeit anbetrifft, so ist doch zu erwidern, was man unter Unternehmerrundlichkeit versteht. Im Wertsgemeinschaftsbestrebungen man formlos, das sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Betriebsräte ihre Position als solche ganz gut auszusprechen verstanden haben. Entweder sollen diese sich durch ihre Position als solche finanzielle Vorteile zu verschaffen gewußt haben, oder, wenn sich keine Gelegenheit zur Abwicklung eines finanziellen Geschäftes bot, sich die Wege ebneten, um dazwischen zu ambieren. Daß man sich hier im großen Gegensatz zum Unternehmerrund befinden ist, ist klar anzudeuten. Nicht anzudeuten ist, daß man dabei die Interessen der Arbeiterschaft bestimmt nicht wahrzunehmen hat. Es wäre also nur die eine Frage zu lösen, wer arbeiterrundlich eingestellt ist und wer die Interessen der Arbeiterschaft eifrig vertritt und letzten Endes auch die der Gesamtgesellschaft.

Der Reichspräsident hat vor kurzem eine Abordnung der wertsgemeinschaftlich organisierten Arbeiterschaft unter Führung des Landtagsabgeordneten Wilhelm Schmitt empfangen. Die Abordnung hat dem Reichspräsidenten ihre

Der Streit um die Ratsätze geht weiter.

Nach gestern ließ die Reichsregierung verbreiten, daß die Vernehmung der Ratsätze eine völlig neue Lage schaffen, die zu neuen Beschüssen führen müsse. Demnach scheint man in der Ratsatzfrage recht pessimistisch über die Entwicklung dieser Frage zu denken. Trotzdem kann man das Gefühl nicht unterdrücken, daß es sich bei dieser ebenso gründlichen wie hingen Erörterung der Ratsatzfrage um einen großangelegten bluff handelt, mit dem die Gefährlichkeit der Völkerbundpolitik überhaupt aus der Debatte eskamotiert werden soll. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß mit oder ohne Erörterung des Völkerbundesrats jetzt schon eine Verfassung des Völkerbundes besteht, die den deutschen Einfluss kaum aufnehmen läßt. Zurückschritt, was ja auch der Schwerpunkt auf die Ratsatzfrage gelegt. Dr. Stresemann vertritt die Meinung, eine gleichzeitige Einziehung Polens und Brasiliens in den Völkerbundrat mit der Aufnahme Deutschlands bringe zum Ausdruck, daß Deutschland nicht als Großmacht betrachtet werden würde. Diese Version würde auch in Deutschland erwidert werden können als alles andere, was sich bis jetzt als Heilighol der Völkerbundpolitik herausgestellt hat. Wenn nun ja diese Doktorfrage im Sinne Deutschlands gestellt würde, so sind wir um kein Geringes mehr mit den Völkerbundverträgen einer Großmacht versehen als bisher. Die Machtverhältnisse machen die anderen gestützt auf ihren gewaltigen Militärapparat. Deshalb dürfen wir uns keineswegs betören lassen in der Beurteilung der Machtkonzentration, die in keinem Falle für Deutschland günstig ist.

Der augenblickliche Stand der Ratsatzfrage ist folgender:
Frankreich wünscht Polen im Rat.

Paris, 18. Febr. Der „Matin“ veröffentlicht folgende Einzelheiten über die Demarche des deutschen Botschafters in Paris:

Briand und Vertesco erklären dem deutschen Botschafter, daß Frankreich die Zueignung eines ständigen Mandats an Polen im Völkerbundrat wünsche, damit es nicht mehr Zwangungen wäre, die Rolle des Anwaltes Polens zu spielen, sondern damit dieses, wenn Streitfragen mit Deutschland zu regeln wären, selbst keine Rechte verteidigen könne.

So viel recht also fest, daß Frankreich alles daran setzen wird, um Polen ein ständiges Mandat zu verschaffen. Frankreich tue dies, um sich selbst von der weiteren Verpflichtung, Polen zu verteidigen, zu entziehen und um seinem Bundesgenossen Polen einen außerordentlich bedeutungsvollen Vorteil zu verschaffen.

„Sowas“ demontiert eine Londoner Meldung der „Chicago Tribune“, nach der Ministerpräsident Briand den Antrag auf Gewährung eines ständigen Sitzes im Völkerbundrat an Polen zurückgegeben haben sollte.

Chamberlain über die Ratsätze.
London, 18. Febr. Heute mittag gab hier der Verband der ausländischen Presse ein Frühstück, dem auch deutsche Journalisten als Ehrgäste beizuhöhen. Chamberlain hielt dabei seine angekündigte Rede. Er sprach über die Arbeit des Völkerbundes, die von dem Welt von Locarno erfüllt sein müsse, wenn sie für den Weltfrieden gesichert sein solle. Er stellte fest, daß auch für die Zusammenfassung des Rates der Welt von Locarno maßgebend sein müsse.

Ueber die Erweiterung des Rates habe die britische Regierung noch keine Entscheidung getroffen. Es käme überhaupt nicht darauf an, auf die eine oder andere Weise Mehrheiten im Völkerbundrat zu schaffen. Wodurch sei vielmehr, alle Differenzen in verständlichem Sinne auszugleichen und Lösungen zu finden, die die interessierten Mächte in direkten Verhandlungen auch von sich aus gutheißen und annehmen können.

Wichtig ist ferner eine Erklärung, die Chamberlain gestern im Unterhaus abgab. Er betonte, daß es sehr wahrscheinlich oder gar nicht sicher sei, daß die Frage der Ernennung neuer ständiger Ratsmitglieder in der März-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260219-17/fragment/page=0001

Wünsche und ihre Bedenken zur Arbeitslosenversicherung, zum Arbeitsgerichtsgesetz und Reichsversicherungsbeitragstragen. Es ist wünschenswert, daß der Herr Reichspräsident seinen Einfluß beim Reichsversicherungsamt geltend macht, damit die wirtschaftsfeindliche Arbeiterhaft nicht vom Reichsversicherungsamt und anderen staatlichen Stellen als Staatsbürger 2. Klasse weiterhin behandelt werden. Der Reichsversicherungsamt braucht je deshalb die Rechte der öffentlichen Gewerkschaften nicht zu kammern. Im Gegenteil, es wäre von großem Vorteil, wenn sich die öffentlichen Gewerkschaften, die doch ihre parlamentarische Vertretung zum größten Teil in den staatsfeindlichen bürgerlichen Parteien sehen, von dem roten Bruder lösen würden. Unsere wirtschaftliche Notlage erfordert eine Zusammenfassung aller staatsfeindlichen Kräfte in Zukunft mehr denn je. Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften hierbei nicht in Frage kommen, dürfte jedem, der aus der Vergangenheit gelernt hat, klar sein. Die Macht, die die Gewerkschaften beanspruchen wollen, steht ihnen nicht zu, denn sie sind nur die Vertreter einer Minderheit. Sie vertreten höchstens ein Viertel der deutschen Arbeiterschaft.

Einigung im Reichstag über die Erwerbslosenfürsorge.

Am Reichstag kam am Donnerstagabend nach mehrstündigen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Regierungsparteien eine Verständigung zustande. Die Regierungsparteien werden dabei in der Sitzung des Reichstages dem Reichstag einen Antrag einbringen, der auch bereits die Billigung der Reichsregierung gefunden hat. Dieser gemeinsame Antrag lautet folgendes:

Die Unterstützungsmittel in der Erwerbslosenfürsorge werden in den ersten Jahren A, B und C mit sofortiger Wirkung erhöht.

1. für Alleinlebende unter 21 Jahre um 20 Prozent,
2. für Alleinlebende über 21 Jahre um 10 Prozent,
3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, deren Einkommen 8 Wochen nacheinander unter 100 Mark ist, ebenfalls um 10 Prozent.

Die Höchstgrenzen sind nicht geändert worden. In der Berücksichtigung der Kinderzahl tritt keine Veränderung ein. In der Kurzarbeiterfrage ist der Reichstag dem sozialpolitischen Ausschusses von der Regierung eingehenden Vorschlag, der in den Reichstagen nach Besuchen und Berichtigungen ein. Der Unterstützungssatz für Kurzarbeiter beträgt für den 3., 4. und 5. ausfallenden Arbeitstag den Tagssatz, den der Kurzarbeiter als Vollverdiener erhalten würde.

Fehltag der polnischen „Aktion“.

Die Rede gegen den deutschen Generalstab geht weiter.

Katowice, 18. Febr. Die mit umfangreichen Sanskulturen und Beschäftigungen aufgezogene Aktion der polnischen Polizei gegen den deutschen Generalstab in Katowice, die die deutschen Gewerkschaften selbst heute schon als ein vollkommenes Fehltag heraus. Unter dem Eindruck des Märzereignisses des Berginspektors Gumprecht, der in den deutschen Kreisen dieses und jenseits der Grenze unbeherrschte Ereignisse verursacht hat, sind weitere Beschäftigungen nicht mehr erfolgt.

Die Sanskulturen in der hiesigen Geschäftsstelle des Deutschen Volksbundes wurden auch gestern fortgesetzt. Sie werden heute zum Abschluß kommen, ohne daß auch nur das geringste Material für die Materialaufgabe gesammelt worden ist.

Die polnische Presse hat vor Enttäuschung über diesen negativen Ausgang der Aktion und sucht durch immer neue Neuen die fatal gewordene Lage zu verschleiern. So meldet der „Goniec“, daß man heute bei einer erneuten Durchsicht der Wohnung der Geschäftsführerin des Deutschen Volksbundes in Königsbrunn, Kränlein Genf, hochverrätherische militärische Dokumente im Kamin gefunden habe, die die Angriffspläne der deutschen Organisationen gegen Königsbrunn aufdecken. Natürlich ist daran kein wahres Wort. Die ganze Welt verdichtet sich immer mehr auf das deutsche Genie in Katowice, gegen das von der gesamten polnischen Presse in ununterbrochener Weise die Angriffe und Beschuldigungen fortgesetzt werden, ohne daß die offiziellen Behörden dieses

angehörige Treiben gegen die deutsche Reichsvertretung unterbinden. Allerdings richtet sich auch der ganze Haß gegen den Präsidenten G. O. und. Man bewirkt in unerschütterlicher Weise mit Verwirrung, weil er zu objektiver Prüfung der Vorgänge entschlossen ist. Gestern fanden große Arbeitslosenversammlungen statt, die durch berittene Polizei auf dem Androschplatz auseinandergetrieben wurden. Diese Kundgebungen zeigen davon, daß die Aktion gegen die Deutschen lediglich zur Ablenkung von den bestehenden Arbeitslosenmärkten eingesetzt worden ist.

Gegen die polnische Gewalttätigkeit.

Wien, 18. Febr. In der neunten Abendstunde fanden gestern Demonstrationen gegen die polnische Gewalttätigkeit in Ost-Oberschlesien statt. Die Arbeiter der Bergwerke in Ost-Oberschlesien ist grenzenlos. Nur mühsam können Ausbrüche der Volkseindigkeit unterdrückt werden. Die Diktatur der Bevölkerung ist vorbildlich. Es ist zu erwarten, daß die polnische Seite keinerlei Störungen des Ganges der Untersuchung vor der Gemäßigten Kommission eintreten wird.

Ein neuer französischer Schritt in Budapest.

Budapest, 19. Febr. Der französische Gesandte erschien gestern abends beim Ministerpräsidenten Graf Bethlen mit dem er eine längere Konferenz, hatte. In politischen Kreisen verlautet, daß der Gesandte eine Note seiner Regierung überreichte, in der darauf hingewiesen wird, daß die französische Regierung mit gewissen Einseitigkeiten in der Untersuchung der Straßburger Angelegenheit nicht übereinstimmt.

„Die „Rupe“ in Orien.

Paris, 19. Febr. Die französischen Truppen haben bei Macc a zwei Gefechte mit aufständischen Drusen gehabt, bei denen die Franzosen schwere Verluste erlitten. Weiter hinaus von den Aufständigen angegriffen. Die Verluste der Franzosen betragen 4 Tote und 4 Verwundete. Die Drusen der Orien mit dem Befehl verbunden, ist in der Nähe von Damaskus von den Syrern aufgesessen worden.

Die französisch-polnische Freundschaft.

Paris, 19. Febr. Der polnische Botschafter in Paris, Clapowski, streifte gestern bei einem Frühstück der „Gesellschaft der Freunde Frankreichs“ die Frage der polnischen Kandidatur für den Völkerverbund. Er sagte u. a.: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund werde von Polen durchaus nicht beklagt, aber deutsche Stimmen erhoben gegen eine Kandidatur Polens für den Rat Völkerverbund. Die nächste Sitzung des Rates und die Generalversammlung würde darüber zu entscheiden haben. Polen erwarte die Entscheidung im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Völker, die sich bemühen, ein neues Europa auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen aufzubauen.

Ein lebe antwortete u. a.: Der Botschafter möge seiner Regierung sagen, daß Frankreich niemals seine Pflicht und seine Freundschaft vergessen werde.

Ministerpräsident Erynski begibt sich am 4. März über Paris nach Gen. In Paris wird er mit Briand verhandeln.

Die französische Presse über die Aussichten des Völkerverbundes für Polen.

Paris, 19. Febr. Der Refsumismus über die Aussichten des Völkerverbundes für Polen wird heute von einem Teil der französischen Presse geteilt. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß in London politischen Kreisen das Gerücht umgeht, daß in der Zukunft der französischen Regierung eine Kandidatur Polens für den Rat Völkerverbund auf das Demont des Anat D'Oran gegenüber der Republik „Chicago Tribune“ ist.

Der „Matin“ glaubt, daß die Gerüchte unrichtig seien, nach denen Schweden, Japan und die britischen Dominions gegen eine Kandidatur Polens im Rat protestieren hätten. Wenn dieses Gerücht von Deutschland aufgefunden ist, so bezieht sich Deutschland auf solchem Wege. Eine solche Kandidatur würde die Mitglieder des Völkerverbundes gegen das Reich aufbringen, ohne daß die Politik Stresemanns irgend einen Vorteil davon hätte. Der „Goniec“ verweist auf die geistige Rede Chamberlains, die sehr zu denken gebe. Sie sei weise, ohne Optimismus im Geist von Dacarno, der noch weit von seiner Verwirklichung entfernt sei.

Der englische Gesandte bei Erynski.

Warschau, 19. Febr. Der englische Gesandte in Warschau hatte eine längere Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten Erynski über die Bestimmungen Polens auf Zuteilung eines ständigen Sitzes im Völkerverbund. Nach der Konferenz erklärte Erynski polnischen Pressevertretern, daß der ständige Sitzlands mit dem Polens übereinstimmen.

Ein Appell des General Smuts.

London, 19. Febr. General Smuts richtet in den „Daily News“ an die englische Öffentlichkeit einen Aufruf, in dem er zu einer Verneuerung der Maßnahme Stellung nimmt. In dem Appell, der von der Mehrheit der Morgenblätter abgedruckt wird, heißt es: „Die Völkerverbund ist ein Werk des Völkerverbundes einen verständigenden Schlag dem Völkerverbund sowie dem in Dacarno gestifteten Werke zufügen würde. Die Freunde und Verteidiger des Völkerverbundes sollten einen solchen Schlag unmöglich machen. Für den Völkerverbund ist es notwendig, daß ein Vertrag der Völkerverbund freiwilligen Völkerverbund auf Erbhöringen. Dacarno habe als das Geschäft eines Gentleman (!) begonnen, in diesem Geiste sollte man die Arbeit vollenden.“

Zur Frage des Streites zwischen Kreisrat und Magistrat

Die Vorliegende des Kreisratenausführes gemäß dem Vorhaben des Magistrats eine ausführliche Mitteilung über den Sachverhalt an die Mitglieder des Kreisrates und der hiesigen Stadtbewohnerverammlung. Der Umfang des Schriftsatzes verleiht keine wertvolle Wiederlage. Mögliche Klarheit wird auch hierdurch nicht geschaffen. Man gewinnt aber den Eindruck, daß beide Parteien nicht vorwurfsfrei dastehen. Allerdings scheint nach den angeführten Tatsachen die Darstellung der beiden Parteien nicht nur dann möglich und höchst autoritativ gegenüber der Kreisverwaltung ausgetreten zu sein. Sie hat mit dem einseitig aufgestellten Sachintentionen zweifellos die Interessen des Kreises an sich verfehlt. Die ganze Angelegenheit erscheint derzeit verfahren, daß eine vernünftige Lösung nur dann möglich erscheint, wenn der Magistrat seinen - unserer Ansicht nach kaum durchführbaren - Plänenplan für das Gelände M. Ritterstraße, Maßstraße, Domstraße und Schulstraße fallen läßt, und durch eine neue, aus durch die bisherige Kontroversen unbelasteten Person bestehende Kommission abmalen in Verhandlungen mit dem Kreisrat tritt, die - wenn billige Maßnahmen auf die Kreisinteressen abmalen und leserbelebten gewisser, ohnehin nicht bester Verwaltungsverhältnisse ausgedehnt werden - an einem zu einem beiden Vertragspartei denkbaren Ziele führen dürfen. Wenn mit den bisherigen gegenseitigen Beschuldigungen fortgefahren wird, dürfen die Interessen der Stadt vielleicht noch schwerer gefährdet werden, als die Kreisinteressen.

In der Ausarbeitung des Kreisratvorsitzenden wird zunächst nach eingehender Darstellung der Verhandlungen festgestellt, daß der Paragraph 5 des Kaufvertrages das das frühere öffentliche Grundstück zwischen dem Stadtrat Biele und dem Kreis der Stadt keine Grundstücke, die sich auf dem Gelände der Stadt eingetragene Rechte zu berufen. Rechtsansprüche können von der Stadt Vererbung auf Grund sogenannter grundbuchlicher Eintragungen nur gegen den Kreis vertreten werden, wenn tatsächlich die grundbuchlichen Rechte eingetragen sind. Was heute ist auf dem Gelände des öffentlichen Grundstücks (Ritterstraße 5) des Grundbuches keine Recht zu Gunsten der Stadt bezüglich der Straßensanierungsarbeiten eingetragen. Für die gegenwärtige Behauptung des Eberbärgers in der Stadtbewohnerverammlung am 11. März 1926 könne kein Beweis erbracht werden. In ihrer Wirkung stelle aber diese Behauptung eine verlegende Verhängung der Maßnahmen der Kreisverwaltung dar.

Was den Vorwurf der Verletzung von zu großen Grundstücken anbelangt, so wird festgestellt, daß nach den Protokollen der hiesigen Stadtbewohnerverammlung vom 11. März 1926 keine Feinde Grundstücke in einem Falle 1000, im anderen Falle 5000 m mehr an Grundstücken zerstört wird, als nach den Plänen des Kreisratenausführes.

Ueber die Bauausführung des neuen Kreisraumes heißt es:

„Ein nach dem Plan des Kreisratenausführes Kreisraumes würde für absehbare Zeit allen Bedürfnissen der Kreisver-

Die Ratsitze im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Hergt (Zem.) zusammen, um über die Frage der Völkerverbundfrage zu beraten. Als erster ergreift Reichsausschussminister Dr. Stresemann das Wort über den Stand der derzeitigen Verhandlungen, die sich auf die Beschaffung der Völkerverbundfrage beziehen. Hierauf schloß sich eine umfangreiche Aussprache. Wichtig wurde ein kommunikativer Antrag, daß die Reichsregierung aufgefordert werden soll, das Eintrittsgeld Deutschlands in den Völkerverbund zurückzugeben. Für den kommunikativen Antrag stimmten neun Mitglieder des Ausschusses.

Zunächst wurde durch den Vorsitzenden Abg. Hergt (Zem.) festgestellt, daß unbeschadet der grundsätzlichen Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Völkerverbund von sämtlichen Parteien im Ausschuss mit Ausnahme der Wölkischen und Sozialistischen die Auffassung vertreten werden, daß das Gehalt Deutschlands um die Aufnahme in den Völkerverbund unter der Voraussetzung gestellt worden ist, daß entsprechend den getroffenen Verhandlungen und den dabei gegebenen Zusagen, Deutschland bei der bevorstehenden Tagung des Völkerverbundes einen ständigen Sitz im Völkerverbund erhält, ohne daß dabei eine weitere Abänderung in der Zusammenfassung des Rates eintritt.

Römische Kritik an Dacarno.

Rom, 18. Febr. Die römischen Abendblätter kommentieren die Rede des österreichischen Bundeskanzlers abfallig. „Corriere d' Italia“ erklärt, Dacarno besaube die gewöhnliche antitalienische Propaganda, entschuldige sich aber gleichzeitig vor Italien, im Sinne etwa dieser Chavimilien. Den Vortrag von St. Germain erweise er zwar an, stelle aber zugleich dessen Ergebnisse als ungerecht hin.

„Journal d' Italia“ bespricht Dacarno's Besuch als verunglückte Hochzeitsreise, denn die österreichische utische Hochzeit werde gegen das Veto Italiens nicht stattfinden, und nur der Status quo könne die Trikolore auf ihrem Vornach aufhalten. (!) Auch die offizielle „Tribuna“ charakterisiert die Rede Dacarno's als unerschütterlich zweideutig, besonders in Anbetracht der von Italien eingeleiteten ungewöhnlichen Hilfsaktion zu Gunsten Österreichs. (!) Eine Hilfsaktion auf Kosten der Souveränität Italiens, die am Bremer veranort wäre, könne jedoch nicht gebildet werden. Das von Mussolini geführte Italien werde sich selbst zu schätzen verstehen.

Jugoslawien und die Anschließfrage.

Wien, 19. Febr. Aus Belgrad liegt die Meldung vor, daß Jugoslawien sein Desinteressement am Anschluß Österreichs an Deutschland in einer Note ausgesprochen haben soll.

Die belgischen Forderungen gegen die Regierung

Brüssel, 18. Febr. Gestern abend hielten die belgischen Reichstages eine Versammlung ab, an der etwa 3000 Personen teilnahmen. Unter den Anwesenden befand sich eine zahlreiche juristische Offiziere. Die Redner ergingen sich in einer scharfen Kritik der gegenwärtigen Regierung und erklärten unter allgemeinem Beifall, es müßte alles getan werden, um den 21. März des Reichstages zu verhindern. Die belgische Revolution werde zur Folge haben, daß der König keine verfassungsmäßigen Rechte zurückhalte und dem Parquet auf ein Ende gesetzt werde.

malung entsprechen. In dem vom Magistrat auf dem alten Kreisratensitz vorgezeichneten Neubau würden nach den Angaben des Magistrats zwar allein 7300 m Gehflächensimmerraum geschaffen werden können. Die jetzige Gehflächensimmerfläche des Kreisraumes ist aber um das Sechsfache vergrößern müssen, um die dadurch gewonnenen Gehflächensimmer belegen zu können. Mit einer derartigen Vergrößerung der Kreisverwaltung wird aber nicht gerechnet werden können. Der Magistrat hat als Gehflächensimmerraum nicht in gleichem Verhältnis wie die Verneuerung der Kreisverwaltung sich einstellen.

Für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kreises und die tatsächlichen Geschäftsinteressenbedürfnisse hat der Magistrat bisher eine sehr merkwürdige Beurteilung zum Ausdruck gebracht. Nach dem jetzt für das frühere öffentliche Grundstück beschriebenen Bebauungsplan soll ja das Kreisraums abseits von der Schulstraße gebaut werden. Damit verliert der Kreis jede Möglichkeit, die im Erdgeschoß liegenden Räume zu Verkaufszwecken herzugeben und durch die Mietzinsüberschüsse eine besondere Verneuerung und Abgeltung des Baukapitals zu erzielen. Im Magistrat wird als Grund dieser Lage des Kreisraumes angeführt, daß die vom Wahnhof kommenden Neulanden das neue Kreisraums belegen müssen. Klarer wird das Kreisraums aber auch sicherlich sein, wenn es an der Schulstraße errichtet wird.

Die vom Magistrat erteilte Baubewerbung muß für den Kreis als ganz ungenügend angesehen werden, solange nicht die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Kreises zum Ausgangspunkt derartiger Beratungen gemacht werden. So hat z. B. gelegentlich einer persönlichen Besprechung eines Mitgliedes des Magistrats mit dem Vorsitzenden des Kreisratenausführes über die beschriebenen Bebauungspläne des Magistrats der Magistratsvertreter erklärt, daß bei der Ausführung derartiger Bebauungspläne die Möglichkeit auf die Gehflächensimmer der Anlagen ganz zurückzutreten hätte. Die Aufgaben eines Stadtbauamtes würden in erster Linie durch die von der Stadtbewohnerverammlung vorgezeichneten Wege der Festmit abgegrenzt werden.

Das Ergebnis ergibt gegen den Magistrat nachstehend formulierten Vorwurf: Wenn man diese Vorwürfe unbefangenen prüft, so wird man sicher zu der Überzeugung kommen, daß der Magistrat dem Kreise nicht nur kein Entgegenkommen gezeigt sondern auch eine fahrlässige Fällung der vom Kreis auszusprechenden Anregungen unter wüßiger und besonders verlegender Mithandlung der Entscheidung des Kreisrates immer abgelehnt hat. Sollte der Kreisrat ausnahmsweise bei der Bebauung der ihm durch Gesetz und Beschluß des Kreisrates übertragenen Aufgaben durch das Verhalten des Magistrats weiter in der bisherigen Form verhindert werden, so wird sich der Kreisrat ausnahmsweise verpflichtet halten, den Kreisrat zum Durchführen von Maßnahmen zu bitten, die eine weitere Schädigung der Kreisverwaltung infolge des Verhaltens des Magistrats zu verhindern als geeignet angesehen werden können.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 21. Februar 1926. (Zusatz).
Gesammelt wird eine Kollekte für die Gefängnis-
gesellschaft der Provinz Sachsen.
Es predigen:

Sonn:
Vorm. 10 Uhr: Superintendent Birkhorn.
Vorm. 11 Uhr: Kinder-gottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Pastor Buttle.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Waschlängel-
Kunde in d. Herberge zur Heimat. Pastor Buttle.
Christliche Gewerkschaft (f. d. L.)
Herberge zur Heimat (Eing. Brauhausstraße).
Wittwoch, abends 8 Uhr: Bibelbesprechung.
Bibelbibelgesellschaft: Geöffnet wie bisher.

Stadt:
Vorm. 10 Uhr: Pastor Kiem.
Vorm. 11 1/2 Uhr: Kinder-gottesdienst. Pastor Kiem.
Donnerstag, abends 8 Uhr: I. Befähigungsanbahnung.
Pastor Angermann.

Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: Jahresversammlung
an der Geisel 5.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde an
der Geisel 5. — Pastor Dr. v. Staben.
Evang. Mädchenbund St. Marini.
Montag, abends 8 Uhr: Rhythm. Turnen im
Schloßgartenhofen.
Dienstag, abends 8 Uhr: Chorgesang in der
Herberge zur Heimat. Lehrer Busch.
Wittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung an der
Geisel 5. Pastor Kiem.

Utenburg:
Vorm. 10 Uhr: Pastor Stragenstein.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Neumarkt:
Vorm. 10 Uhr: Pastor Volt.
Vorm. 10 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.

Söffen:
Nachmittags 1.30 Uhr: Pastor Volt.
Montag, abends 8 Uhr: Konfirmierten Söhne
im Pfarrhause.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein
St. Thomae im Pfarrhause.

Niederbeuna:
Vorm. 8 Uhr: Superintendent Uble.

Oberbeuna:
Vorm. 10 Uhr: Superintendent Uble.
Christliche Versammlung Blankenheide 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: Evangelisationsvortrag.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Bekanntmachung.

Die Schmeinsche unter dem Schmeinschebende
des Bädermeisters **Richard Raushbach** und
des Glasmalers **Ernst Thiele** in **Espergau** sowie
des Landwirts **Edward Wülfel** in **Kirchföhren**
sind in Erfüllung.
Die Sperr- und Schutzmaßnahmen sind hiermit
aufgehoben.

Rößen, den 16. Februar 1926.
Der Amtsvorsteher.
Cornely.

Bahnhof Niederbeuna

Der Turnverein „Frisch auf“
Röfchen-Beuna ladet zu seinem
am **Sonntag, den 21. Febr. 1926**
stattfindenden

Kränzchen
freundlich ein. Der Vorstand. Der Wirt.

Suche größere Wohnung

in gutem Hause, stelle sonnige, abgetheilte Vier-
zimmerwohnung mit Bad und Innenklosett in
besten Zustande **3 Jahre mietfrei** als Tauf-
wohnung zur Verfügung.
Offerten unter **Chiffre 307/26** an die Exped.
dieses Blattes erbeten.

Suche per sofort oder später
größere Wohnung.

Taufwohnung außerhalb kann zur Ver-
fügung gestellt werden.
Offerten unter **K. J. 10** an die Exped.
dieses Blattes erbeten.

Empfehle ab **Sonntag, den 21. Februar** einen
großen Transport



**allerbestes
Prieqniger
Milowieh**

zu äußerst günstigen Preisen zum Verkauf.
Willy Ziegenhorn, Schmiffstadt
Telephon 32. Telephon 32.

Gute Verdienstmöglichkeit für ehemalige Beamte
Einkaufliche angelegene **Wingroßhandlung** sucht
tätig. bei Privatkaufkraft gut eingeführt
Vertreter
Offerten unter **F. N. V. 863** an **Rudolf
Moffe, Frankfurt a. M.**

**Holzverkauf
in der Oberförsterei Halle.**

Am **Freitag, den 26. Februar 1926, vormittags von 9 1/2 Uhr**
ab kommen im **Gasthof zu Neuhau** bei **Merseburg** aus der **Försterei
Merseburg Jagd 75 (Hohendorfer Weich) — Schlag — und
Jagd 72 (Fasanerie) — Durchforstung — zum Ausbebot:**
Eichen und Nistern: 100 Stämme I. Kl. mit 11 im, 232 Stämme
I.—III. Kl., 160 Stämme IV.—VII. Kl., 15 Quab. Starbühl, 76 rm Nuss-
knüppel, 7 rm Scheit, 95 rm Knüppel, 700 rm Reisig III. Kl.
Weichhölzer: 8 Wappeln III. Kl. mit 1,6 im, 30 rm Scheit, 40 rm
Knüppel, 95 rm Reisig III. Kl.

**Ausführung elektrischer
Licht- und Kraftanlagen.
Motoren**

zu billigsten Preisen.

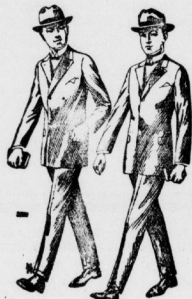
Kostenanschläge und Beratung durch Sach-
verständige unverbindlich und kostenlos.

Landkraftwerke

Gotthardstr. 29 Installationsbüro: **Merseburg Fernruf Nr. 221**

**Konfirmanden-
Anzüge**

aus guten, tragfähigen blauen Tuch- und
Kammgarn-Cheviot-Qualitäten, sowie den
beliebten Nadelstreifen blau, braun und grün-
grundig, ein- und zweireihige Form in bester
Verarbeitung und tadellosem Sitz



Preisliste:

**25.- 28.- 30.- 33.-
36.- 39.- bis 65.- Mk.**

Oskar Zimmermann

Gotthardstraße 25 Merseburg Gotthardstraße 25

Gut und preiswert

ist der



Auch zum Vermischen mit Bohnenkaffee
wohlgeeignet.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.



zum **Reichen-chregleichen**

Sil gibt schneeweiße Wäse in
einfachstem Waschen, spart Seife
und schonst die Wäse
- Ohne Chlor -

**Elektr. Licht- und Kraftanlagen
Klingel- und Telefonanlagen
Schwachstrom jeder Art.**

Kostenanschläge stets zu Diensten.

Paul Sachse, Elektr.-Install.-Meister
Sand 30. Telephon 171.

Familiennachrichten.
Geboren: Erna Otto
Eudorf, 18 Jahre, Ernst
Fugler, Oberlesna, 79 1/2.
Kurfürster Max Willy
Brunn, Weißenfels.

Empfehle prima
**Rind-, Schwein-,
Kalb-,
und Hammelfleisch
alle Sorten Würst-
ff. warme Würst.**

Ernst Baumann,
Fleischermstr., Gotthardstr.

**Wickelwalzen,
Verklebungsboden
in Eiche,
Klebereiter,**

liefern laufend
Wilhelm König
Halen a. d. Elbe.

Jüng. Landwirt
(Witwer), 42 Jahre alt,
große lottliche Erbschaft, sucht
sich in Landwirtschaft
auch bei Wirtse,
einzuverletern.

Ernst Baumann vor-
nommen. Offerten unter
Nr. 150 an die Exped.
dieses Blattes erbeten.

Suche II. beschriebenes
Wohnhaus
in od. bei **Merseburg** geo-
metrisches Wohnhaus mit
Fabrik in Weißenfels
gelegene, zu tauschen.
Oeffl. Angebote an:
Börner, Weißenfels,
Plomende 26.

Formulare
Fogelubogen Mietverträge
An- und Abmeldeformulare //
Anlagensteuer-Formulare //
Einkommen-Formulare //
Anlagensteuer // Grundbesitz-
steuer // und Steuerpapiere
sowie Zahlungsbelege //
empfehle die

**Merseburger Druck-
und Verlagsanstalt**
Eudorf, Weis

Wegen Heirat meines
jungen, heute ich zum
**1. April eine erfahrene
Köchin,**
die auch etwas Hausarbeit
zu verrichten hat.
Wendungen bei Frau
Richard Dietrich
Oberaltenburg 7.

Teichers Möbelhaus

Halle a. S., für Steinstr. 82' (Kein Laden)
offert ganze Ausstattungen,
wie Einzelmöbel preiswert
Beamte erhalten Zahlungsvereicherung
zu Kassapreisen.

!! Rheumatismus- Leidende !!

Unbitterbar ist **Rheumakiora** in seiner
Wirkung für Rheumatismus, Gicht, Ischias, Reiben
und Geschwulst. Ges. gesch. Nr. 30721. Preis
bei Voreinsendung M. 5.—, Nachnahme M. 5.50
Import-Export-Haus, Oppau
bei Ludwigshafen a. Rhein.

Die bolschewistische Schreckensherrschaft in Rußland.

Original-Schilderung des russischen Emigranten Graf P. v. Dyt.

Am 11. März deutscher Zetrechnung werden es nun acht Jahre, seitdem in Rußland die zaristische Regierung dem bolschewistischen Chaos Platz machen mußte.

Am 27. Februar russischer Zetrechnung brach die Revolution, an deren Spitze Kerenski stand, aus. Kerenski, der mit einem Schläge zwei Kriegen schlagen wollte, hielt es für höchst notwendig, den Krieg gegen Deutschland bis zum strengen Ende durchzuführen, und zwar weil, wie er am 19. März im Winterpalast sagte: „Wir Russen haben jetzt die heilige Pflicht, das monarchistische Deutschland niederzuschlagen, damit die Hohenzollern dort auch dem wertvollen Blut Platz machen müssen.“

Frieden, Frieden mit Deutschland — so lautete jetzt die Forderung. Die provisorische Regierung beschloß daher, das Volk darüber entscheiden zu lassen. Im ganzen russischen Reiche wurden Zettel verteilt, für und gegen den Krieg. Wie zu erwarten war, stimmten, außer einem Fünftel der Bevölkerung, alle für sofortigen Frieden.

In den Reihen der Bolschewisten befanden sich damals das ganze Militär, Soldaten sowie auch Offiziere, nur die konservativsten Klassen, zu denen auch etliche Priester und Generale gehörten, glaubten, den Franzosen zu Liebe, sich den Menschewisten anschließen zu müssen. Diese Partei wurde denn auch von den Bolschewisten als energischste bekämpft. Nachdem die Menschewisten sich in Charoff für besiegt erklärt und sich ergeben hatten, waren die Generale und Offiziere, 286 Mann, von dem bolschewistischen Sowjetrat, Pjatakow (Krasnik), zum Tode verurteilt. Embury über eine solche Massenerschießung protestierten die Offiziere, welche sich der bolschewistischen Organisation angeschlossen hatten. Jedoch wurde der Protest nicht berücksichtigt — denn schon nach drei Wochen traf dasselbe Schicksal 73 Offiziere in Kiew, die ebenfalls der menschewistischen Organisation angehört hatten.

Am 28. September 1917 richteten die Offiziere aus der bolschewistischen Organisation eine Protestnote an die Regierung, in der verlangt wurde, daß die Offiziere, die in der menschewistischen Organisation gewesen waren, nicht wie eine wilde Wücherebande niedergeschossen werden sollten. Die Antwort darauf lautete: „Tod den Rabatten, Tod den Offizieren, Tod der Bourgeoisie!“. Ein verächtliches ungeschickliches Wortchen mehr. Überall entspannen sich heftige Kämpfe, denn es handelte sich jetzt um Sein oder Nichtsein. Das war der erste Schritt, den der ein paar Tage früher aus Rußland getommene Lenin an uns sandte.

In der ersten Zeit wurde der Nordbefehl noch nicht so tragisch genommen. Aber als zu Weihnachten 1917 in Kiew 648 Offiziere und Ärzte von den inzwischen organisierten Rotgardisten erschossen wurden, nur weil sie zu der Intelligenz gehörten, denn sonst hätten sie nichts verbrochen, ferner als in ganz Kiew Säuberungen nach ebemaligen Offizieren vorgenommen wurden, und am 29. Dezember fogar Prämlen auf Offiziersköpfe ausgelegt wurden,

sahen wir uns gezwungen, uns mit den menschewistischen Offizieren zu verbinden, um unsere Haut zu verteidigen. Es schien so, als ob die Entschädigung der Offiziere und sonstiger Intelligenz in Kiew ausgeprochen werden sollte. Die Stadt wurde am 1. Januar 1918 von den Rotgardisten umstellt. Niemand durfte aus noch ein. Aber auch wir, die wir in Kiew abgeschlossen waren, trafen alle Maßregeln, um unser bisheriges Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Am 7. Januar boten die Rotgardisten, 38 000 Mann stark, uns, die wir nur 7800 Mann waren, die erste Schlacht. Wir hatten uns teilweise in der kleineren Festung und auf dem Güterbahnhof festgesetzt. Nachdem die Rotgardisten unter der Führung Medwedjens (Zweigelt) die Stadt 16 Stunden lang mit schweren und leichten Geschützen bearbeitet hatten, ohne auch nur einen von uns zu verletzen, sah das Bild in der Stadt sehr traurig aus. Über 700 Häuser waren so demoliert, daß sie unbewohnbar geworden waren und weit über 2000 Mann von den friedlichen Einwohnern wurden ins Strafkriegsgefängnis geschickt. Wieviel Tote da gewesen sein mögen, habe ich nicht erfahren können. Wir schickten von uns vier Abgeordnete zu Medwedjow, um mit ihm zu verhandeln — sie wurden einfach ermordet. Danach sandten wir ein paar Arbeiter aus dem städtischen Elektrizitätswerk zu Medwedjow, durch die wir ihm sagen ließen, daß, wenn er uns in Ruhe lassen würde, wir uns ergeben wollten, oder er sollte uns wenigstens aus der Stadt lassen, damit die Bevölkerung nicht der großen Gefahr ausgesetzt sei. Die Antwort Medwedjows war: „Solange auf russischen, revolutionären Boden „mit“ herrschen, solange wird uns der Befehl Leinins, in dem es heißt, daß sämtliche ehemalige Offiziere zu töten sind, heilig sein.“ Mit einer ungläubigen Bst stürzten wir uns jetzt auf die Rotgardisten, wobei es uns auch gelang, nach der Richtung Sojuzi durchzubrechen — Gott sei Dank, wir hatten wenigstens Luft. Gleich am anderen Tage verbanden sich mit uns die Offiziere, die von Charoff und Wolyna aus uns zur Hilfe gekommen waren.

Insgesamt waren wir jetzt 23 000 Mann. Gegen wiederholte Rotgardisten vor zu kämpfen hatten, konnten wir nicht festhalten; nur eines wußten wir, daß die Rotgardisten jeden Tag unübersehbare Verstärkungen erhielten. Am 12. Januar kam die Entschädigungsschlacht. Sollte 38 Stunden lang kämpften wir aus Vergeßung auf Leben und Tod. Die Schwunden untererwärts erschossen wir gleich, um sie nicht in die Hände der Rotgardisten fallen zu lassen. Am 12. Januar, 10 Uhr vormittags, wurde außer zusammengekauften Säufen, etwa 815 Mann, die ich gesehen habe, wurden im Kaufmannspark aufgeschossen und mit zwei Maschinengewehren von Banarowitsch niedergemacht. Das war das Ende von den 23 000, von denen heute meines Wissens nur noch acht Personen ihr Leben besitzen.

Unter dem Namen Anton Kutschin ging ich nach Charoff und wurde da im Fabrik-Industrie-Komitee (Fabrikischno-Sowobol-Komitee) Sekretär. Jedoch schon nach etlichen Tagen kamen die deutschen Truppen nach der Ukraine. Wie ich nun vermann, daß Helmut von den Deutschen beiegt ist, bezog ich mich wieder nach Kiew. Ein paar Tage später mußte die rote Fahne der schwarz-weiß-roten Flagge machen. Das war die Rettung von vielen, vielen tausenden Offizieren. Die Ukraine, die gleich nach der Revolution von Prof. Grahewitsch und Petljura organisiert wurde, kam Dank der deutschen Beihilfe jetzt immer mehr aus Rußland, und als die Rotgardisten

durch deutsches Militär aus der Ukraine vertrieben waren, wurde auf Wunsch Prof. Grahewitsch und Petljuras der ehemalige zaristische Adjutant Generalleutnant Wawel Zoropattin zum Hetman über die Ukraine ernannt. Hätte der Hetman den Untermenschungsgehalt, den Petljura hatte, dann hätte das Volk vielleicht auch nichts einzuwenden gehabt — aber jetzt sagte es sich: wenn mir diese Gruppe als Regenten haben sollen, können wir auch die andere (denn war der Jar gemeint) wieder holen. So kam es, daß die Mehrheit mit der Ernennung des Hetmans nicht einverstanden war, weil man fürchtete, daß es noch Abzug der deutschen Besatzung in der Ukraine wieder zu einer Revolution käme.

So kam es denn auch; noch waren nicht die letzten Deutschen aus Kiew, da war der Hetman schon gestürzt. Er hatte nicht einmal so viel Unternehmungsgeist, seine Truppen, die ihm geschworen hatten und sich auch bis 1923 behauptet haben, zu führen. Er ließ sie von Petljura führen. Als die deutsche Besatzung, mit der sehr viel Offiziere und andere Intellektuelle mitzogen, Rußland verlassen hatte, nahm das unheimliche Morben wieder seinen Anfang. Lenin, der ja den ehemaligen Offizieren den Zug geschworen hatte, die nun aber, bis auf eine kleine Zahl, verschwunden waren, hielt jetzt seinen Worbzug gegen den Mittelstand, die Berge, Ingenieure, Kaufleute, Lehrer, Bauern, ja sogar bessere Handwerker wie Monteur, Meister und Bauarbeiter, die sich geübt für die Bourgeoisie als die Sozialdemokratie. Die Rotgardisten konnten es nicht mehr schaffen, es waren ihrer zu viel; die da gemordet werden sollten; Chinesen wurden herangezogen, die verstanden es besser, sie hatten noch mehr Talent zu Greneltieren. Unter den Chinesen konnten sie ihrem Blutrath freien Lauf lassen. (Fortsetzung folgt.)

Sozialisierung auf Geleisweg.

Die Erbschaften sind öffentlich rechtliche Fällige Einrückungen, die zum größten Teil unter sozialdemokratisch-gewerkschaftlichem Einfluß stehen. Die Aufgaben und Bestimmen der Erbschaften sind zum Teil im Gesetz genau festgelegt, zum Teil aber ungenügt. Der Bestand dieser Erbschaften gibt die Zahl der Verleierten, der zum angeführten Erbschaften auf 10 Millionen an. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Kosten im Jahre über ca. 500 Millionen Mark an Beträgen aus der Wirtschaft herausgehoben. Über welche unbedeutende wirtschaftliche Macht die Sozialdemokratie allein durch die Erbschaften verfügen kann, kann man deutlich an dieser Zahl erkennen. Das Gesetz hat es den Erbschaften neben ihrer öffentlichen Fälligkeit verboten, Erwerbsschäfte zu betreiben. Aber auf allen Gebieten verleiht es die Sozialdemokratie, daß dieses Verbot zu umgehen, da der Gesetzgeber es veranlaßt hat, die Tätigkeit, die Aufgaben und die Verfassung der großen Erbschaftenverbände im Gesetz zu regeln, die die wirtschaftliche Macht der Sozialdemokratie unrichtig bindet.

So hat man dem Erbschaftenverband einfach verschiedene Erwerbsschäfte angegliedert. Da ist zunächst eine Verlagsgesellschaft, die mit allem Möglichen, herunter bis zum Weinstock und Weinhandel, handelt. Dann gibt es eine Zeitschriften- und Buchverlagsgesellschaft. Diese Gesellschaft macht mit allen nur erdenklichen Mitteln Geschäfte. In letzter Zeit ist bekannt geworden, daß der Erbschaftenverband erheblich an der sogenannten Arbeiterbank beteiligt ist, die die freien Geschäften erwidern sollen.

Man fragt sich nun, was bedeutet die Privatwirtschaft zu tun, damit sie nicht durch die verschiedenen Erbschaftenverbände auf diesem Gebiet ausgeschaltet, besser gesagt, auf diesem Wege sozialisiert wird? Es ist eine Ironie, daß die Privatwirtschaft von der Seite geschoben wird, daß sie die Mittel aufbringen muß. Es ist mündungsreich, daß die Privatwirtschaft und der Gesetzgeber ihre ganze Aufmerksamkeit diesen Vorgängen zuwenden.

Verriegelte Lippen.

48] Roman von A. M. Alten.

Stiemanns Verlags-Berlag, Berlin W. 66. 1924. Frau Ewald legte ihre Arme um den Hals Marie-Luises. Sie mußte sich dazu ein wenig reden, das junge Mädchen war größer als sie. Und dann zog sie sie zu sich herab und küßte sie innig auf den Mund.

„Ich weiß es, Kind.“ Marie-Luise seufzte tief auf. Dann sagte sie rasch und verwirrt:

„Frau Schneider zieht jetzt zu mir. Ich habe es schon mit ihr abgemacht. Wenn dies nicht gekommen wäre, wäre es ja das Beste gewesen, so bald als möglich fortzugehen. Nun siehst sie mit ihren lieben Sachen zu mir über. Ich bin dann nicht so allein. Und sie weiß so vieles zu erzählen von den Eltern. Das tut mir so wohl. Ich habe schon daran gedacht, Tante Magquiers für eine kurze Zeit einzuladen; aber ich bin wieder davon abgekommen. Sie ist wohl auch zur Kur in Naumburg; es wäre auch so viel verlangt, ihren Aufenthalt dort um meinestwillen zu unterbrechen. Und endlich gestanden, es wird mir nicht recht wohl bei dem Gedanken. Das ist höchlich von mir; sie war damals in Berlin doch sehr freundlich zu mir. Aber es ist härter als ich.“

„Wohntest du nicht nach Haffelrode gehen?“ fragte Frau Ewald. Mit Entsetzen sah sie, wie Marie-Luise errödete und aufstehend hastig erwiderte:

„Ach nein, Tante, zu Oswalds nicht.“ „Und warum nicht?“

„Marie-Luise wurde so verlegen, daß die alte Dame wirklich aufmerken wurde.“

„Ach — nein — lieber nicht. Da ist — da sind —“ Sie flüchelte über, bis sie es herausbrachte. „Es sind zu viele Menschen da, Tante Ewald, zu viel Lärm und Lustigkeit. Da würde ich flören mit meinen schwarzen Kleidern und meiner Trauer im Herzen.“

Sie vermiß, dem Bild der alten Dame zu begnügen, und dieser kam es vor, als sei die Lebhaftig-

keit, mit der Marie-Luise jetzt von anderen Dingen sprach, ein wenig erkrankt. Sonderbar, was hatte sie nur, und warum wollte sie nicht zu ihrer Freundin? Es wäre doch eigentlich so natürlich gewesen.

Als Frau Ewald ihrem Sohn später davon erzählte, sah sie, daß auch er ganz betroffen wurde. Aber auf ihre Frage gab er eine ausweichende Antwort. Die Mißbilligung der alten Ewald an Marie-Luise erregte ihn augenblicklich sehr. Mit bereubtem Gesicht hörte er der Erzählung seiner Mutter zu.

„Sonderbar, warum nennt der Mann nicht seinen Namen, umgibt sich mit solcher Geheimnistuerei?“

„Das ist doch sehr natürlich,“ meinte seine Mutter eifrig. „Wenn er sich so lange Zeit gelassen hat zur Mißbilligung.“

Klaus schüttelte den Kopf. „Dochst festsam! Wenn er schon früher in der Lage war, zurückzugehen, warum tut er es nicht früher?“

Er sah nachdenklich vor sich hin. „Und wenn er jetzt in der Lage ist, warum tut er es nicht selbst?“

„Wir wollen uns den Kopf nicht darüber zerbrechen. Jedenfalls ist es für Marie-Luise ein Glück, daß er sich nicht wieder zu ihnen begeben will. So oder so ohne ihr Rats-tal angreifen und ohne auf einen Mann warten zu müssen.“

Klaus nickte gedankenvoll. Seine Mutter ging zu ihm hin und schüttelte ihn liebe an der Schulter.

„Veräume nur nicht dein Glück, mein Junge, sonst kommt die Neue, wenn es so spät ist.“

Marie-Luise war nun doch nach Haffelrode gegangen. Frau Ewald war selber gekommen, und ihre Strahlen hatte ihr nichts genutzt. Die alte Dame wurde endlich belagert und ließ ihre Gründe nicht gelten. Aber sie stimmte doch erst, als Frau Ewald nebenbei erwähnte, daß Emma Boyfen für vierzehn Tage bereit sei. Er besuchte einen Freund. Da die Ernte vorüber war, konnte er ja auch abkommen. Die alte Mama Oswald lächelte gutmütig.

„Na, bis jetzt sind wir ja auch ohne den Baron Boyfen fertig geworden, so wird es diesmal auch gehen.“

Das war entscheidend für Marie-Luise. Sie wollte fort, fort aus der Nähe von Klaus. Nachdem die qualende Sorge um die Zukunft von ihr genommen war, hatte sie wieder mehr Zeit, ihren Gedanken nachzugehen, ihrem Weibchen über Klaus. Und das machte sie ganz krank, lähmte sie förmlich. Sie hatte manchmal das Gefühl, als müsse sie erstickt unter der Last ihrer Pflicht. Dann ließ sie plötzlich in den Garten, rannte die engen Wege auf und ab, wie gejagt, um dann plötzlich vor irgendeinem Lieblings-baum ihres Vaters stehen zu bleiben und in bittere Tränen auszubrechen. Mit welcher Sorgfalt hatte der Vater das alles begehrt und gepflegt. Jetzt verwilderte schon alles, denn Marie-Luise konnte sich nicht entschließen, Fremde Hände hier arbeiten zu lassen. Sie wollte es wenigstens nicht leben. Der alte Gärtner sollte während ihrer Abwesenheit kommen und wieder Ordnung schaffen.

Am Morgen ihrer Abreise ging sie zu Tante Ewald, um Abschied zu nehmen. Das Herz war ihr unfähig schwer. Sie mußte, es war zugleich ein Abschied von Klaus, der ebenfalls für den Rest seiner Leben eine längere Abwesenheit mit zwei Freunden machen wollte. Am liebsten wäre sie gar nicht in das kleine Häuschen gegangen, aber das ließ sich nicht umgehen. Bläß, mit sehr aufmunternden Lippen öffnete sie die Tür. Er war still. Auch auf ihr Klopfen an der Jümmertüre ertönte kein Herein. Dann kam ein Schritt die Treppe herab. Es war Klaus. „Mama ist ausgegangen.“

„Ich gehe dann wieder,“ sagte Marie-Luise lächelnd. „So wollte nur Mama sagen. Heute mittag fahre ich nach Haffelrode. Also ist wohl.“

Sie reichte ihm lässig die Hand hin und verriet, sich anzuheben. Er nahm sie und hielt sie fest so lange, bis sie zu ihm aufschaute. Da sah sie seine Augen quaderfüllt auf sie gerichtet.

„Du verprühlst mich Vertrauen für ein halbes Jahr, Marie-Luise,“ murmelte er.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Auto durch einen Personenzug zerrümmert.

Zaarbrücken, 18. Febr. Der Dillinger wurde ein Lastauto beim Passieren einer offenen Bahnhofsbrücke von einem Personenzug erfasst, eine Strecke mitgeschleppt und zerrümmert. Der Wagenführer wurde lebensgefährlich verletzt und seinem Begleiter der Kopf vom Klumpfe getrennt. Der Bahnwärter wurde verhaftet.

Kasselericht. Eine Tragikomödie vor Gericht. In einer Gerichtsverhandlung schilderte ein Zeuge, wie er von einem Manne, den er in dem Angeklagten wieder erkannte, angefallen und überfällig misshandelt worden sei. Schon früher hätte er mit dem Angeklagten eine kleine Auseinandersetzung gehabt und sich an ihn sofort erinnert. Der Angeklagte gab an, er sei zu der fraglichen Zeit nicht in Halberstadt gewesen. Er kenne zwar den richtigen Täter, sehe aber vorläufig davon ab, ihn zu nennen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen seiner Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis. — Hier aber das Urteil verhängt nur mehrere sich im Zubehörraum der eigentlichen Täter.

Ernter. Evangelisches Kirchenmusikfest. Im vergangenen Jahre haben sich die Ernter evangelischer Kirchenmusikvereine zu einem Bezirk des evangelischen Kirchenmusikvereins für die Provinz Sachsen zusammengeschlossen. Dem Bezirk gehören 10 Vereine mit mehr als 500 Musikgliedern an. Am 18. und 19. März des Jahres 1923 wird ein Kirchenmusikfest stattfinden. Auswärtigen Besuchern wird bei zeitweiliger Annahme Freiquartier geboten.

Mühlhausen. Der älteste Pfarrer Deutschlands ist P. Michael Kirchner, der 1604 in Sengelsd. 6. Mühlhausen geboren wurde und 1711 als Pfarrer von Söbhausen (Edersteden) und Zersdorf gehörig ist. Als der Dreißigjährige Krieg über Sengelsd. hereinbrach, kamen auch die Angehörigen von Michael Kirchner in Not, seine Mutter starb und der Vater mußte fliehen. Anfolgebildung erlitt Kirchner bis zum Jahre 1623 als Helfer sein Leben. Er besuchte dann sieben Jahre die Lateinschule in Nordhausen. Erst die Gymnasien in Helmstedt und Helmstedt, dann die Theologie zu Jülich. Da ihm die nötigen Mittel fehlten, übernahm er eine Hauslehrerstelle und wurde schließlich Pfarrer in Söbhausen und Edersteden. Er hat dann trotzdem noch mehr als 50 Jahre als Pfarrer gewirkt.

Wolfs-Säule. Drei malen ist in diesem Jahre die Wolfs-Säule in der Gegend von Sengelsd. 6. Mühlhausen entstanden. Er begab sich nach Sengelsd. wo er aus dem Kurpark die Säule stahl. Kurz darauf konnte er verhaftet werden, er wurde zum zweiten Male durch einen Sprung von der Treppe, in Waldau wurde er wieder festgenommen, und wieder gelang es ihm, zu entfliehen. Sechs Beamte und eine Anzahl von Passanten, die sofort seine Verhaftung annehmen, konnten ihn schließlich gefesselt abführen.

Bein. Sie selbst des Todes beschuldig. Unter der Selbstbeschuldigung, seine Frau, eine Wittwenschaft in Oberkrankenhan, ermordet zu haben, meidete sich bei der heiligen Polizei ein 22 Jahre alter Mann. Die polizeilichen Feststellungen sind im Gange.

Steuerfuge. Selbstmordversuch nach der Steuererhebung. Hier brachte sich nach einem Besuch von Finanzbeamten in der Wohnung eines Kaufmanns Josef Horn einen Schuß in die Schläfe bei. Er wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Das Motiv der Tat dürfte in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Brandur. Die Stin Bomben im Theater. Bei der heutigen Aufführung von Judas Macchabäer, der fribische Bomben wurde von mehreren Personen ein Bombenbombe geworfen, die aus einer gewöhnlichen Flasche mit Stropfen bestand. Durch Glasplitter wurde eine Dame geringfügig verletzt. Nach kurzer Unterbrechung konnte die Vorstellung fortgesetzt werden.

Seisbrunn (Nürnberg). Den Nebenbuhler ermordet. Nachts gegen die 23 Jahre alte Fischerin Hans Arnold, die Tochter des Seisbrunn, wurde ein Schuß in den Rücken des Kump ein Verbleibungsunterteil in der Schlafkammer des Kump ein und verurteilte, ihn unter Beihilfe seiner Geliebten zu erwürgen. Als Kump sich wehrte, gab Arnold auf ihn sechs Schüsse ab, die Kump lebensgefährlich verletzten, so daß er bald darauf im Krankenhaus starb. Arnold wurde noch in derselben Nacht verhaftet. Er gab die Tat zum Teil zu und bezichtigte seine Geliebte als die Anführerin. Diese, die gleichfalls verhaftet wurde, leugnet dagegen jede Mitschuld.

Breslau. Verhängnisvoller Einflug. Auf dem Ritterzug der Fürstin Hanau in der Nähe von Reichensdorf brach plötzlich die Decke eines großen Stallgebäudes

ab. Zwei Wägen, die auf dem Boden über dem Stall mit dem Einfallen des Daches beschäftigt waren, führten in die Tiefe und fielen schwer verletzt und benutzlos liegen. Durch das einfallende Mauerwerk wurden drei Pferde erschlagen.

Aus aller Welt.

Im kassischen Land der Ränder.

Novm, 18. Febr. Nach einer Meldung aus Cassari drangen mehrere Räuber nachts in die Wittschaft eines Bauern ein, ermordeten vier Personen und stühten dann mit Wertgegenständen, nachdem sie noch zwei andere Personen schwer verletzt hatten. Man hatte ihnen گفته, da sie im Gassefreundlichkeit seien. Es sind inzwischen einige Verhaftungen von Personen vorgenommen worden, die der Mittertäterschaft verdächtig sind.

Eine Mutter mit sechs Kindern verbrannt. **Newport, 18. Febr.** In der Gasse von Newport verbrannte während eines Feuers eine Mutter mit sechs Kindern. Dem Vater gelang es, das siebente Kind zu retten, wobei er selbst halb verbrannt und den Klammern gezogen wurde.

Amundsen's Nord. Amundsen gibt bekannt, daß er am 1. Mai zu seiner Polar-Expedition mit dem Luftschiff aufbrechen hoffe. Er beabsichtigt zuerst einen Probelauf über London, Paris, Berlin und Sibirien zu unternehmen.

Der Todschlag an dem ägyptischen Kaufmann Kraus. Die Familie des getöteten Kaufmanns Kraus, den die beiden deutschen Matrosen Claus und Bölligisch umgebracht haben, die beiden von einem Konsulargericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurden, hat unter der Bedingung, die bei der Ermittlung und bei der Überführung der Mörder beihilft waren, eine Bestrafung von 2000 ägyptischen Pfund verteilt. Den Hauptteil von 1100 ägyptischen Pfund erhielt eine Magd, deren Aussage zuerst auf die Personen der beiden Mörder hinwies. Der Rest wurde unter drei deutsche, Otto Fohlermann, August Müller und Georg Knudt verteilt, aus deren Angaben der Mordtatbestand der Täter ermittelt werden konnten. Die beiden Matrosen Claus und Bölligisch haben gegen das Urteil Revision eingelegt, so daß sich nachträglich das Reichsgericht in Leipzig noch mit der Sache befassen wird.

Der unumkehrbare Vorpost. Die amerikanischen Weltbürger haben die Wägen mit noch anderen Fliegern eine Nordpolar-Expedition mit Fliegern. Der Start ist für den kommenden Sommer vorgesehen und wird von Barrow (Alaska) stattfinden. Fünf Flugzeuge werden teilnehmen. Das Geld für die Unternehmung bringt die Studentenschaft mehrerer amerikanischer Universitäten auf.

Eine reichliche Stiftung. Der Newporter Finanzmann und Multimillionär John C. Andrews hat anlässlich seines 55. Geburtstages 50 Millionen Dollar für Kinder- und Jugendzwecke gestiftet. Die zu gründenden Institute werden den Namen seiner Gattin tragen, die selbst als mittelloses Kind nach den Vereinigten Staaten kam.

Bunte Zeitung.

Radio als Seilmittel. Die Seilwirkungen der Musik sind seit alten Zeiten immer wieder betont worden, und in neuester Zeit beginnt man sich hierfür besonders bei nervösen Erkrankungen auszufragen. Ein Londoner Spezialist betont nun in einer Abhandlung, daß der Rundfunk als Seilmittel verwendet werden könne, da die auf diese Weise zu Gehör gebrachte Musik besonders günstig auf den Körper und auf die Stimmung einwirkt. Nach seinen Beobachtungen wird durch das Hören von Musik der Blutzuckerspiegel angesetzt. Der Pulsschlag des Herzens wird durch eine kleine Drüse im Gehirn kontrolliert, und diese Drüse soll besonders für Musik empfänglich sein, so daß bei erregenden Klängen das Herz schneller schlägt, während bei langsamer und melodischer Musik der Herzschlag sich verlangsamt. Die hellsten Wirkungen, die ein Musikprogramm im Radio auf die Hörer ausübt, verdienen die Bedeutung der Ärzte, erklärt der Gelehrte, „und man soll daher den Rundfunk nicht nur als Unterhaltung, sondern auch als Seilmittel in Anwendung bringen.“ (??)

Die Veränderung der Eisenbahn durch Automobile ist in Amerika deutlich zu sehen. Nach einer Statistik gingen die Einnahmen aus dem Personenverkehr, die 1921 noch fast 30 Prozent der Gesamteinnahmen betragen, auf 25 Prozent zurück. Die Betriebskosten durch Verringerung der Zahl der Wägen zu verringern, würde zur Folge haben, daß sich auch der Verkehr senkt, also auch die Einnahmen. Denn man liest das

Auto, weil man es jederzeit, ohne Bindung an einen Fahrplan, bewegen kann. Man hat festgestellt, daß man das Auto nicht nur für kürzere, sondern auch für längere Reisen vorzieht. Dagegen hofft man viel von der Einführung von Triebwagen. Auch hat man vielfach für das Wochenende Hundeleisten mit mehrtägiger Gültigkeit ausgegeben, um die Großstädter von den unbegrenzten Autos ab auf die bequemeren Wägen zu locken. Auch in Deutschland wird man die Nummeranten der Wägen nicht ändern müssen; sie liegt bei uns natürlich anders als in Amerika, da bei uns die Eisenbahn indirekt Gemeineigentum und ihr Geheißes daher für die Allgemeinheit von eminenter Wichtigkeit ist.

Summern als Hausierer. Auf den Hochalpen, jenen kleinen felsigen Inseln im Adriatischen Meer, zogert ein eigenartlicher Brauch. Wenn man geht, sind Hunderte von Hunderten von Kindern und Jugendlichen auf Seilspinnen gefangen hat, so hält man die Tiere so lange, bis man sie für den Fisch braucht, einfach als Hausierer in der Nähe der Häuser. Man bindet ihnen eine Schnur um den Leib befestigt diese nahe am Meeresspiegel, und läßt nun die Tiere für sich losfallen. Die Summern sollen sich in ihrer Rolle als Hausierer ganz wohl fühlen.

Der Kampf mit dem Kaiser. Auf mehreren verheerenden Streden des Newporter Eisenbahnes hat man jetzt eine „Hunne“ Einrichtung getroffen. Es kommt auch bei uns bekanntlich oft vor, daß von der Tagesarbeit hart ermittelte und abgepumpte Fahrgäste in ihrem Wägen einfach einfallen und dem über's Ziel hinausfahren. Um solchen zu verhindern und zu weit fahrenden Eisenbahnen bündlichen Kraft zu ersparen, haben die Amerikaner nun einen Apparat erfunden, der den schlafenden Fahrgänger rechtzeitig zu wecken hat. Es ist eine an den Zügen angebrachte Vorrichtung, die bei der Zug einsetzende Fahrgäste nur auf seine Pfeifknoten einzufallen braucht, worauf er ruhig sein Abwachen machen darf. Ist die Pfeifstation da, so macht die Vorrichtung einen fürchterlichen Lärm, der selbst einen schlafenden Fahrgänger aufwecken muß. Es fragt sich nur, ob sich die anderen Passagiere, die noch nicht aufwachen können und weiter schlafen wollen, das blässliche Gebimmel gefallen lassen werden.

20 000 Kinos in den Vereinigten Staaten. Nach einer Zählung des Verbandes amerikanischer Filmproduzenten und Filmvertriebe gab es Ende 1921 in den Vereinigten Staaten 20 189 Kinos. Die Zählung des Vorjahres hatte einen Bestand von 17 155 solcher Theater ergeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Meriburg, den 18. Februar 1923.

Eine Anzahl von Angeklagten aus Kößlingen hatten sich wegen Kosten die Fahls auf der Reichsbahn am 14. November 1922 zu verantworten. Die Zahl der unterwendeten Briefe betrug 10—10 Zentner. Da es sich größtenteils um unbefragte Personen handelt, die den Schaden sämtlich erlegt hatten, erlangte das Gericht wegen Überbetreibung bei: dem Arbeiter Walter Sch. auf 15 Mark, der Ehefrau Anna Sch. auf 10 Mark, dem Arbeiter Friedrich S. auf 10 Mark, der Ehefrau Irma S. auf 5 Mark, dem Arbeiter Franz Sch. auf 10 Mark, dem Zimmermann Albert S. auf 15 Mark, dem Arbeiter Karl M. auf 5 Mark, der Ehefrau Anna A. auf 20 Mark, dem Dreher Paul S. auf 10 Mark, der Ehefrau Ella S. auf 3 Mark, dem Schlosser Otto G. auf 10 Mark, der Ehefrau der Ehefrau auf 10 Mark, dem Arbeiter Mar. S. auf 5 Mark, dem Arbeiter Gustav M. auf 5 Mark, dem Maurer Wilhelm S. auf 5 Mark, dem Arbeiter Franz S. auf 15 Mark, dem Schlossermeister Bernhard S. auf 10 Mark, dem Schmelz Schmelz S. auf 15 Mark, dem Arbeiter Heinrich G. auf 15 Mark, der Ehefrau Marie M. auf 5 Mark; die Ehefrau Alma S. wurde freigesprochen.

Von der Verhandlung gegen den Arbeiter Karl S. wegen Erzeugung öffentlicher Vergewaltigung wurde wegen Befreiung der Straftat die Straftat ausgeschlossen. Er wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Straftatbestand Hermann Mar. S. aus Meriburg war angelegt worden, weil er am 27. Juni 1923 dem Gau 6. 400 000 Papiermark entwendet haben sollte. Die Verhaftung wurde zwecks Ladung des Hauptzeugen verort.

Der Eisenbahnarbeiter Paul A. aus Kößlingen vorbetr. hatte am 14. November 1922 in Kößlingen mit einer 10 Mark unzulässigen Erben geigt. Er wurde mit 20 Mark bestraft. Der Handlungsgeselle Walter A. aus Mücheln hatte am 13. November der Frau Martha A. 80 Mark gestohlen. Er wurde anstelle einer Gefängnisstrafe von 15 Tagen zu 15 Mark verurteilt. Der Kaufmann Otto M. aus Forstberg hand unter der Auflage, fortgesetzt ohne die erforderliche Erlaubnis und Einrichtung gewerdmäßig geschäftlich zu haben. Da der Angeklagte schon wegen ähnlicher Sachen schon vorbestraft ist, erlangte das Gericht auf 100 Mark bzw. 20 Tage Haft.

Kurrenden und Singelschulen.

Vorher als Kurrendeschüler. — Friedrich der Große und das Kurrendeschüler. — Neuerrundungen in der Gegenwart.

Aus der Reformationsgeschichte ist bekannt, daß Dr. Martin Luthers als Anrede Kurrende Kurrende Schüler gemeint ist und sich auf diese Weise sein Brot verdient. Er schreibt später in Erinnerung an seine Jugend: „Berichte mir nicht die Gesellen, die vor der Tür panem propter domum fagen und den Brotreigen fingen! Ich bin auch ein solcher Partekenhengst gewesen und habe das Brot vor den Häusern genommen. Dennoch bin ich soweit gekommen, daß ich jetzt nicht wollte mit dem türkischen Kaiser tauschen, daß ich sein Gut sollte haben und meiner Kunst entbehren.“

In vielen Städten Mitteldeutschlands ist die Sitten der Kurrendeschüler auch heute noch in der Übung. Wir erinnern nur an die Halle'sche Kurrende, die aus 36 Schülern besteht und von einem Chorleiter geleitet wird. Sie ist bekannt als Stadtsingergesang und hat erst vor einiger Zeit eine Kasse nach Sweben gemacht und dort viele Konzerte veranstaltet. Trotzdem ist auch der Stadtsingergesang auf das Singen vor den Häusern angewiesen. Am Neujahrstag macht er regelmäßig seinen „Umgang“, und in den alten Straßen von Halle erklingen aus jungen Menschenheulen frohliche Lieder. Die Chorführer sind kenntlich durch hohe schwarze Mäppchen, nachdem bis vor 25 Jahren noch hohe Zylinderhüte getragen wurden. Die Halle'schen Chorführer machen es genau so wie einst Luther und seine Kurrendeschüler. Wenn das Lied vorbei ist, klängen sie an den Türen und erbitten eine Gabe.

Wenig wie in Halle geht es auch in Wittenberg und anderen Städten zu, und sogar auf den Dörfern hat sich die Sitten der Kurrendeschüler erhalten. Vor kurzem wurde aus Floß bei Schmaltdingen berichtet, daß man eine neue Kurrende eingerichtet hat. Dort hat ein alter Mühl-

bauer, der selbst einst in Mühlhausen als Kurrendeschüler mitgenommen hat, die Sitten wieder eingeführt.

Die Sitten sind sich in herzoglichen und den Singelschulen der Räter. Dort wurde ausschließlich das lateinische Lied gepflegt. Zeit den Tagen der Reformation wurden jedoch vor allem deutsche Lieder gesungen. Schon damals gab es Kurrenden namentlich in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Die Gymnasialkurrenden wurden durch Stiftungen erhalten, während die Volkskurrenden auf Gelegenheitsgaben angewiesen waren. Im Zeitalter der Aufklärung, also im 17. und 18. Jahrhundert, hielt man das Umgangsingen für ungeschicklich, so daß es aus vielen Städten verdrängt. J. B. reichten die Stadtältern von Berlin ein Gesuch an Friedrich den Großen ein mit der Bitte, die Kurrende abzuschaffen zu dürfen; der alte Friedrich jedoch das Schreiben zurück und bemerkte auf dem Rand: „Das Singen muß bleiben.“

Die Entschädigung des großen preussischen Königs ist interessant. Sie zeigt, daß er großes Verständnis hatte für die Erhaltung von volkstümlichen Sitten und Bräuchen. Die Gegenwart wird gern daran anknüpfen, denn auch sie hat das Verlangen, sich zu wehren gegen die Abschaffung von solchen Sitten und Einrichtungen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben und auch heute noch geachtet und gewürdigt werden sollten. Die Zeit der Aufklärung, in der Friedrich der Große lebte, hat in vieler Beziehung Ähnlichkeit mit unserer Zeit. Damals wie jetzt geht man vielstills mit der Vergangenheit um und meint selbst alles besser zu wissen als die Vorfahren des vergangenen Jahrhunderts. Aber zu beiden Zeiten hat man auch ein gesundes Gefühl dafür gehabt, daß es so doch nicht geht und wie damals Friedrich der Große gegen die allgemeine Stimmung der Zeit das gute Recht der Überlieferung betonte, so hat man auch heute, wenigstens in gewissen Kreisen, das Gefühl, daß man wieder mehr als bisher an die Vergangenheit anknüpfen müsse.

Interessant ist, daß das Evangelische Konsistorium der Provinz Brandenburg im Jubiläumsjahre der Reformation

die ihm unterstellten Pfarrer, Organisten und Lehrer auf drei Einklassigen Kurrenden der Kurrenden der Kurrenden der Kurrenden aufmerksam machte. Es ist nicht verwunderlich, daß in den letzten acht Jahren in dieser Angelegenheit nichts geschehen ist. Immerhin hat dieselbe kirchliche Behörde am 23. August v. J. an die Gemeindefürsorge der Brandenburgischen Gemeinden die Aufforderung gerichtet, zu berichten, wo eine Kurrende bestünde oder eine Einrichtung möglich sei. Wir nehmen an, daß auch in unserer Provinz von Seiten des Konsistoriums über kurz oder lang eine ähnliche Aufforderung ergehen wird und daß man dann erfahren, wo in der Provinz Sachsen noch Kurrenden bestehen.

In vielen Gemeinden würde es möglich sein, an eine Kurrende wieder anzuknüpfen, die erst vor kurzer Zeit wieder eingegangen ist. Oft liegt das Datum, seitdem die Kurrende nicht mehr besteht, nur wenige Jahre zurück. In vielen Gemeinden gibt es womöglich noch alte Leute, die in ihrer Jugend in der Kurrende mitgegangen haben. Sie werden dafür sorgen, daß die Sache wieder in Gang kommt, daß der nötige Eifer aufgebracht wird und werden die Leiter der neu zu gründenden Kurrenden mit ihrem Rat unterstützen.

Es ist nicht einzusehen, warum die Musik, die jetzt auf unseren Höfen durch Viertonisten und andere wenig ausgebildete Sänger gemacht wird, nicht Verbesserungsfähig sein sollte, die Verhältnisse, wie sie bisher auf diesem Gebiet bestanden, haben gewiß auch manchmal ihren Reiz, immerhin sollte man meinen, daß die Musik von Kurrenden und Knabenchören schöner wirken würde.

Es ist natürlich nicht ganz einfach, eine Kurrende ohne weiteres zu schaffen. Oft fehlt es an den erforderlichen menschlichen Geisteskräften, die Freude an der Sache haben und manchmal wohl auch an guten Knabenstimmen, die einen wirklich guten Chor bilden. Immerhin, unüberwindlich sind die Schwierigkeiten nicht, und die Städte, in denen wieder gesungen wird, werden bald dankbar sein für den Dienst, den ihnen ihre Kurrende leistet.

